

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Herausgegeben von der Internationalismuskommission des KBW

ORTSGRUPPE HH

ITALIEN Schlag gegen die Kirche — 5.1

DÄNEMARK
Kampf gegen Steuerausplünderung — 5.1

GB: Streik der Krankenschwestern
Chile-Solidarität — 5.1

AFRIKA:
REPUBLIK NIGER: Schlag gegen Neo-
kolonialismus — 5.1
GUINEA BISSAU in der WHO — 5.2

PORTUGAL Solidaritätsveranstaltung — 5.2

SÜDVIETNAM Militärische
Auseinandersetzungen 5.2

NORDVIETNAM 4. Frauenkongreß 5.4

KAMBODSCHA
Verstärkte Kampfhandlungen — 5.4

LAOS
Koalitionsregierung gebildet — 5.5

SÜDKOREA
Faschistische Herrschaft — 5.6

NAHER-OSTEN
Das Massaker von Ma'alot — 5.6
Palästinensischer Volkskongreß — 5.7

JRAN - BRD — 5.7

JRAN - JNDIEN — 5.8

JNDIEN Streikwelle — 5.8

USA Elend der Volksmassen — 5.9
Rekordgewinne der Industrie 5.10

AUSTRALIEN
Streikwelle — 5.10

SÜDAMERIKA
VENEZUELA — 5.10
ARGENTINIEN — 5.10
BRASILIEN — 5.10
CHILE — 5.10

JRAN - UdSSR 5.11

**CHINA - VERAN-
STALTUNGSREIHE** 5.4

UNKOSTENBEITRAG: 30 Pf

 ITALIEN: Schwere Schlag gegen die reaktionäre Kirche

Mit Siegesfeier beging das italienische Volk seinen Sieg gegen die unheilige Allianz von Christdemokraten, Papsttum und Faschisten in der Abstimmung für das Recht auf Scheidung. Über 60% aller Italiener stimmte für das bereits im Parlament verabschiedete Gesetz "Fortuna". Dieses Gesetz verhindert zwar nicht die Staatseinmischung in diese Frage (ähnlich wie bei der Fristenlösung zur Abtreibung in der BRD) und behält dem Staat eine Reihe von Schikanen vor - doch der Schlag gegen die Reaktion ist gewiß nicht das Verdienst der parlamentarischen Parteien (Revisionisten, Sozialdemokraten, Liberale) sondern des selbständigen Kampfes des Volkes, das sich bis in die kleinsten Dörfer hinein in "Divorzista"-Komitees zusammengeschlossen hatte. Nicht nur in Norditalien hat es in der Volksabstimmung Mehrheiten von z. T. 70% gegeben, auch in den rückständigeren Provinzen des Südens, in Sizilien, Sardinien und Kalabrien errangen die "divorzistas" Mehrheiten und selbst in den allerrückständigsten Provinzen Malise und Basilicata siegte die Reaktion nur um wenige Prozent. In der katholischen Kirche gab es tiefe Risse. Viele Kirchenleute stellten es den Gläubigen frei, für das Recht auf Scheidung zu stimmen.

Die Mehrheit aller Frauen, auch im Süden, stimmte für das Recht auf Scheidung. Dies ist umso bedeutender, als praktisch alle Männer den Süden verlassen und im Norden oder im Ausland Arbeit gefunden haben.

Gerade weil die Menschen imzwangsweise arm und rückständig gehaltenen Süden von der Bourgeoisie im In- und Ausland auch für dumm und dumpf gehalten wurden, ist sie von dem Ergebnis überrascht. Auch die Revisionisten, Reformisten und Liberalen, die aufgrund ihrer Koalitionsvereinbarungen und -ambitionen nicht einmal entschieden für ihre eigenen Gesetze eintraten, waren baff. Umsomehr ist dieser Sieg ein Sieg der Vernunft des Volkes. Der Vatikan quittierte dieses "traurige Ereignis" mit "bittere Enttäuschung" (FR 16.5.). "Unversehens war auf den Straßen der Hauptstadt... der Bürgersinn dafür wachgeworden, daß die Menschen eines Landes selbst dafür zuständig sind, unter welchen Bedingungen sie leben." (FR, 17.5.)

Heiner B.

 DÄNEMARK: Die Arbeiterklasse ergreift die Initiative im Kampf gegen die Steuerausplünderung

Dänemark erlebt seine "größte politische Streikbewegung in der jüngsten Geschichte" (FR, 17.5.). Der Kampf richtet sich gegen ein neues Steuergesetz der von 6 Rechtsparteien getragenen Minderheitsregierung Hartling, das eine Erhöhung der indirekten Steuern für Autos, Bier, Wein, Spirituosen, Zigaretten und Haushaltsgeräte sowie einen 25%

Steueraufschlag auf die Stromrechnungen vorsieht.

Der bürgerliche Volkstribun Mogens Glistrup, der im Wahlkampf für die Abschaffung aller Steuern eingetreten war, entlarvte sich total, indem er dem Gesetz zustimmte und damit die Minderheitsregierung rettete.

Als die bürgerlichen Zeitungen noch in Schlagzeilen über die Rettung der Regierung berichteten, traten vom 16. bis 20.5. Zehntausende von Arbeitern in den Ausstand. Werften, Häfen und zahlreiche Industrien waren betroffen. Mehrere Zeitungen konnten nicht erscheinen. Der Luft- und Fährverkehr ist unterbrochen. Zehntausende demonstrierten in Kopenhagen und anderen Städten. (FR, 17.5.)

Mit der Eröffnung des Kampfes um das Steuerwesen antwortet die dänische Arbeiterklasse auf den Versuch der Bourgeoisie, die Lasten der Importoffensive der EG-Monopole (Devisenabfluß) in Form von "Kaufkraftabschöpfung" auf die Werkstätigen abzuwälzen.

Heiner B.

 GROSSBRITANNIEN: Streik der Krankenschwestern

"Für höhere Löhne demonstrierten im Londoner Hyde-Park mehr als 5000 britische Krankenschwestern, mehr als je von ihnen an einem Platz zusammenkommen. Sollten sie ihre Drohung eines Streiks wahr machen, könnte das gesamte britische Gesundheitssystem zusammenbrechen." (SZ, 15.5.) "

"Die Gewerkschaften der schottischen Werftarbeiter haben sich für einen vollständigen Boykott sämtlicher Arbeiten an Schiffen für die chilenische Marine ausgesprochen, die im Rahmen eines bethehenden Waffenlieferungsabkommens zwischen Chile und Großbritannien in schottischen Werften gebaut werden sollten. Die Gewerkschaften folgten damit dem Beispiel einer Reihe anderer großer britischer Gewerkschaften." (SZ, 18./19.5.74)

 AFRIKA, REPUBLIK NIGER: Schlag gegen französischen Neokolonialismus

Das Offiziersregime von Segui Outie "hat den Abzug der französischen Truppeneinheit verlangt, die seit der Unabhängigkeitserklärung der französischen Kolonie im Jahre 1960 noch in dieser afrikanischen Republik stationiert ist. Es handelt sich um eine Luftlandeeinheit, die in der Hauptstadt Niamey liegt." (FR 18.5.)

Damit kommt das Ende des französischen Neokolonialismus im Niger näher. Vor einem Monat war der getreue Lakai Frankreichs, Diori, gestürzt worden und national-bürgerliche Offiziere übernahmen die Macht. Sofort gab es Demonstrationen, die Enttarnung französischen Besitzes verlangten.

Jetzt verlieren die französischen Grundbesitzer, Minenbesitzer (Uran!), Geschäftsleute und ihre einheimischen Paladine ihre bewaffnete Stütze, die Luftlandeeinheit.

Heiner B.

GUINEA-BISSAU in der WHO

Die unabhängige afrikanische Republik Guinea-Bissau - ehemals portugiesische Kolonie und im September letzten Jahres von der PAIGC (Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und der capverdischen Inseln) unabhängig erklärt und seitdem von über 50 Staaten diplomatisch anerkannt - hat in der letzten Woche einen neuen großartigen diplomatischen Erfolg errungen. Es ist in die WHO (Weltgesundheitsorganisation der UNO) aufgenommen worden, und das, obwohl das neue portugiesische Regime unter General Spínola alles tut, um die Unabhängigkeit seiner Kolonien nicht anerkennen zu müssen, sondern den Plan hat, eine Art portugiesischen Commonwealth zu errichten, weil die Existenz der herrschenden Klasse in Portugal unmittelbar mit der Ausbeutung der Kolonien verbunden ist.

Maria

ACHTUNG!!!! Solidaritätsveranstaltung für das portugiesische Volk:

PORTUGAL - 1 MONAT DANACH
veranstaltet vom KBW, Frente Patriotica des Libertacao Nacional, Comite Informacao Portugal, Centro de Accao Popular, "Impulso" (Jornal Portugues),

am SAMSTAG, 25. MAI, 19.00 Uhr, CELLER HOF,
Harburg, Winsener Straße. Busse 143, 243, 343 vom Bahnhof Harburg halten direkt vor der Tür.

SÜDVIETNAM: Militärische Auseinandersetzungen gehen mit unverminderter Stärke weiter

Die Meldungen über Verletzungen des Pariser Waffenstillstandsabkommens durch die USA und das Thieu-Regime in Südvietnam häufen sich in der letzten Zeit wieder. So setzen die Amerikaner ihre Fluglinie "Air America" zur Unterstützung Thieus bei Gefangenentransporten ein laut Meldungen der SZ vom 3.5.74. Dies ist eindeutig ein Bruch des Waffenstillstandsabkommens! In Artikel 4 heißt es: "Die Vereinigten Staaten werden weder ihre militärische Verwicklung fortsetzen noch sich in die inneren Angelegenheiten

Südvietnams einmischen." Diese Luftlinie wird ansonsten für Kurierflüge der Amerikaner oder den Transport der 10.000 sog. Zivilberater aus den USA eingesetzt, die den gesamten Militär- und Polizeiapparat Thieus dirigieren, was natürlich ebenso einen Bruch dieses Artikels darstellt.

Die südvietnamesischen Marionettentruppen gehen immer mehr dazu über, die befreiten Gebiete mit ihrer Luftwaffe zu bombardieren, insbesondere, um deren Versorgung abzuschneiden. Schon seit längerer Zeit nimmt die Provisorische Revolutionsregierung diese Übergriffe nicht mehr hin und greift die Stützpunkte Thieus an, von denen diese Angriffe ausgehen. So haben sie in der letzten Woche z. B. einen Belagerungsring um den Stützpunkt Duc Hue in der Nähe der kambodschanischen Grenze gezogen und den Regierungsstützpunkt Long Khot 100 km südlich von Saigon gesprengt.

Thieu fürchtet natürlich die Meldungen über seine ständigen Greuelthaten und Verletzungen des Abkommens. So hat er seit einiger Zeit die täglichen Pressekonferenzen von Teilnehmern der PRR in der Militärkommission unterbunden, die im Luftwaffenstützpunkt Than Son Nhut bei Saigon untergebracht ist. Seine Truppen haben sämtliche Telefonverbindungen abgeschnitten. Trotzdem sind Meldungen an die Öffentlichkeit gedrungen, von einem Vormarsch der Thieu-Truppen auf kambodschanisches Gebiet. Nachdem dies erst von der Saigoner Regierung dementiert wurde, mußte sie jetzt zugeben, daß sich zur Zeit rund 3000 südvietnamesische Soldaten der Thieu-Truppen mit Schützenpanzern auf kambodschanischem Gebiet befinden.



CIA-Flugzeug im Vietnam-Einsatz

In der letzten Ausgabe des Spiegel (Nr.21, 20.5.74) wird enthüllt, daß die Luftlinie Air-America dem CIA gehört. "Eine der wichtigsten und zugleich zwielichtigsten Waffen, die Washington seit Jahren im schmutzigen Krieg in Indochina einsetzt, ist die "Air America"; eine private Chartergesellschaft, mit über 10.000 Mann Personal und über 200 Flugzeugen..." Wie ihre Vorgänger wird diese Gesellschaft finanziert und gelenkt vom CIA. Diese Gesellschaft wurde zunächst in Laos eingesetzt zur militärischen Unterstützung der "Rechten gegen die Pathet-Lao." "Seither, bis auf den heutigen Tag, ist Indochina, vor allem Laos, das wichtigste Operationsfeld der Air America." Das Hauptquartier liegt auf dem US-Stützpunkt Udom in Nordost-Thailand, "keine 10 Minuten Flugzeit von Laos entfernt, nur eine halbe Stunde von Südvietnam und Kambodscha." Damit ist erstmals für die Weltöffentlichkeit - mit einem Phot von einem Einsatzes eines solchen Flugzeuges nämlich -, eindeutig dokumentiert, daß Nordvietnam und die Provisorische Revolutionsregierung in Südvietnam Recht haben: Die USA sind im Widerspruch zu den im Pariser Abkommen getroffenen Vereinbarungen immer noch in Vietnam militärisch aktiv.

Im Zuge der Vergeltungsschläge der südvietnamesischen Befreiungsarmee gegen die Angriffe von Stellungen der Thieu-Truppen aus haben die Befreiungstruppen am Samstag früh (18.5.) 5 Stellungen der Regierungstruppen vor Saigon erobert und "stehen nun im Norden rund 40 Kilometer vor der Hauptstadt Saigon... Die Bezirkshauptstadt Ben Cat (ist) unmittelbar bedroht. Ebenso haben in der letzten Woche die Delegationen der PRR sowohl die Pariser Gespräche als auch die Sitzungen der 2er-Militärkommission in Südvietnam endgültig abgebrochen und deren Tagungsorte verlassen, da die Thieu-Truppen ständig wieder das Pariser Abkommen verletzen und sämtliche Vorschläge der PRR zur Einhaltung des Abkommens ignorieren und ebenso ständig die Rechte der diplomatischen Vertreter in diesen Kommissionen verletzen.

Maria

FREIHEIT FÜR DIE POLITISCHEN GEFANGENEN:

Nach dem Pariser Abkommen müssen beide südvietnamesischen Seiten "ihr möglichstes tun, um diese Frage (die Rückkehr der in Südvietnam gefangenen und internierten Zivilpersonen) innerhalb von 90 Tagen nach Inkrafttreten des Waffenstillstands zu regeln." (Art. 8c) Weitere Einzelheiten legt ein Protokoll fest. Es besagt: ganz eindeutig, daß jede Seite alle gefangengehaltenen Personen übergeben wird, daß sie unter keinerlei Vorwand diese Übergabe verweigern oder verzögern darf und daß sie diese Übergabe und Aufnahme erleichtern wird." (Weißbuch: Das Pariser Vietnam-Abkommen, Bonn-Berlin, 1974, S.11) Die US-Imperialisten und die Saigoner Verwaltung haben sich jedoch geweigert, die politischen Gefangenen freizulassen. Thieu erklärte in Washington, daß die Regierung in Saigon "genau 30.176 Häftlinge (habe), - von denen 21.000 Kriminelle seien; 5.081 seien kommu-

nistische Häftlinge und weitere 5.080 sahen einem Prozeß entgegen." (SZ, 7./8.4.73) Verschiedene Tatsachen und Untersuchungen auch von bürgerlicher Seite haben jedoch ergeben, daß über 200.000 politische Häftlinge in den Kerkern Thieus schmachten. Die politischen efangenen, die in den verschiedenen Gefängnissen untergebracht sind, betragen genau 202.000. Nach einer Ausstellung, die vom "Vietnam Courier" veröffentlicht worden ist, verteilen sie sich auf die verschiedenen Gefängnissen wie folgt:

<u>Gesamtzahl</u> ¹⁾	202.000
<u>4 Sondergefängnisse</u>	13.200
- Con Son ²⁾	8.200
- Thu Duc (weibl. Gefangene)	1.500
- Tan Hiep	2.500
- Dalat (Jugendliche) ³⁾	1.000
<u>Militärgefängnisse</u> ³⁾	12.000
- Go Vap	2.000
- Danang, Nha Trang, Can Tho, Pleiku	6.000
- andere	4.000
<u>9 große Gefängnisse</u> ⁴⁾	25.000
- Chi Hoa	2.000
- Gia Dinh	3.000
- Can Tho	3.000
- My Tho	2.000
- Thuc Phu (Hue)	2.000
- Da Nang	3.000
- Quang Nam	3.000
- Quang Ngai	4.000
- Qui Nhon	3.000
<u>37 Provinzgefängnisse</u> ⁴⁾	50.000
<u>Distrikt- und Dorfgefängnisse</u> ⁵⁾	68.000
<u>Verhörzentren</u> ⁶⁾	33.800
- Polizeihauptquartier Vo Tanh	1.000
- Saigoner Polizeihauptquartier	200
- Bach Dang Hafen (Saigon)	200
- Ngo Quyen Post (Saigon)	200
- Bang Ky Brücke (Gia Dinh)	800
- Hang Keo (Gia Dinh)	1.200
- Militärische Sicherheitsabteilung der Saigoner Armee (Saigon)	500
- das Saigoner Büro der Militärischen Sicherheit	200
- 11 Saigoner Polizeistellen	1.000
- 4 Geheimdienstzentren der Polizei für die strategischen 4 Zonen	1.500
- Quang Nam	1.500
- Qui Nhon	2.000
- 42 Provinzpolizeistellen	9.000
- 45 Provinzmilitärsicherheitsstellen	2.000
- Distriktpolizeistellen	5.000
- Militärsicherheitsabteilungen für die strategischen 4 Zonen ⁶⁾	1.000
- andere Verhörzentren	5.000

Die Liste basiert auf offiziellen Dokumenten und wurde durch beteiligte Offizielle, Gefängnispersonal und Zeu-

gen in Interviews bestätigt.

1) Die Gesamtzahl enthält nur politische Gefangene. Die Gefängnisse enthalten im allgemeinen auch gewöhnliche Verbrecher, die hier nicht mitgezählt wurden. Die Saigoner Verwaltung hat bis zum 23.5.73 26.511 militärische Gefangene der PRR übergeben und erklärt, daß sie keine inhaftierten militärischen Gefangenen mehr habe. Dennoch gibt es immer noch inhaftierte Soldaten. Es gibt gegenwärtig 6 wichtige Militärgefängnisse: Phu Quoc, Ho Nai (Bien Hoa), Phu Tai (Qui Non), Da Nang, Pleiku und Can Tho.

2) Am 1. Juni 1973 gab es in Con Son 8.900 Gefangene: 700 gewöhnliche Verbrecher und 8.200 politische Gefangene. Sie waren unterteilt in: 4.100 Internierte, 4.150 verurteilte Gefangene und 50 Verdächtige.

3) Im allgemeinen werden in den großen Militärgefängnissen Soldaten inhaftiert, die sich irgendeiner Straftat schuldig gemacht haben, aber in einigen dieser Gefängnisse sind auch politische Gefangene.

4)--

5) Gefangene der Distrikt- und Dorfgefängnisse sind solche, die verdächtigt werden, mit der FNL zusammen gearbeitet zu haben und die von der Armee bei Razzien gefangen genommen wurden. Weiter befinden sich Dorfbewohner darunter, die durch "Befriedungs-" oder Dorfsicherheitskräfte verhaftet wurden.

6) Eine große Zahl von Verhörzentren ist hier nicht aufgeführt, weil von ihnen nicht genügend Dokumente vorliegen oder nichts bekannt geworden ist.

(Angaben nach: Vietnam Courier, Nr.18, Nov.73)

"Von den 5.081 vietnamesischen Zivilpersonen, die das Saigoner Regime zugeht, in seinen Gefängnissen gefangenzuhalten, hat es bis jetzt übrigens nicht mehr als 1.500 an die Provisorische Revolutionäre Regierung übergeben." (Weißbuch, S.13)

Michael T.

NORDVIETNAM: Der 4. vietnamesische Frauenkongreß

Anfang März fand in Hanoi der 4. vietnamesische Frauenkongreß statt. An ihm nahmen fast 800 Delegierte aus allen Landesteilen und allen gesellschaftlichen Bereichen teil.

Der Kongreß trat an der Schwelle eines neuen Abschnitts der vietnamesischen Revolution zusammen, um die Erfahrungen der Frauenbewegung während der letzten 10 Jahre zusammenzufassen und die Richtung und Aufgaben für die kommenden Jahre festzulegen.

Im Widerstandskampf gegen die US-Aggression spielten die Frauen eine herausragende Rolle. Bekannt sind die Fotos vietnamesischer Frauen, die US-Flugzeuge abschießen, US-Kriegsschiffe in Brand stecken und US-Piloten gefangen nehmen.

Auch beim Aufbau des Sozialismus in Nordvietnam war die Rolle der Frauen bedeutend. Sie ersetzen ihre Män-

ner und Söhne in den Fabriken, bei der Ländarbeit und beim Straßenbau, um ihnen zu ermöglichen, an die Front zu gehen. In den Fabriken arbeiteten sie wie die Männer. "Mit dem Hammer in der einen Hand, mit dem Gewehr in der anderen Hand". Auf dem Lande kämpften sie gegen die Bombardierungen der US-Imperialisten und gegen die Auswirkungen der Naturkatastrophen.

In Südvietnam führten die Frauen einen unermüdlichen Kampf für die Unabhängigkeit und Freiheit des Landes. Zehntausende von Frauen haben sich als Heldinnen und vorbildliche Kämpferinnen erwiesen; im Kampf, in der Produktion, im Aufbau eines neuen Lebens, in der Agitation unter den feindlichen Soldaten usw.

Der Kongreß nahm einstimmig eine Resolution an, in der die Richtung und die Aufgaben der vietnamesischen Frauenbewegung bestimmt werden. Diese bestehen in der "Einigung und Erziehung der Frauen aller Bereiche, um ihren Patriotismus und ihre Liebe zum Sozialismus und Militanz im Kampf für die Erreichung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau zu erhöhen, um ihr revolutionäres Heldentum energisch zu entwickeln, um die Bewegung der "3 Verantwortlichen" weiter zu erhöhen im neuen Zusammenhang, aktiv an der Produktionsbewegung für den Aufbau des Sozialismus mit Fleiß und Sparsamkeit teilzunehmen, ihre Wachsamkeit, das Vaterland zu verteidigen, zu erhöhen, die 3 Revolutionen durchzuführen, die Rechte und Interessen der Frauen auf allen Gebieten hochzuhalten, den Frauen zu helfen, ihr Familienleben zu regeln und ihre Kinder aufzuziehen, um, zusammen mit dem Rest des Volkes, im ganzen Land den Kampf für die genaue Verwirklichung des Pariser Abkommens, für die Vollendung der nationalen und demokratischen Revolution in Südvietnam und die letzte friedliche Wiedervereinigung des Landes weiterzuführen."

Der Kongreß veranschiedete einmütig einen Brief an die südvietnamesischen Frauen, in dem die Bewunderung für den harten und langwierigen aber glorreichen Kampf der südvietnamesischen Frauen ausgedrückt und die weitere Unterstützung ihres Kampfes zugesagt wird.

(South Vietnam in Struggle, Nr.241, 25.3.1974)

KAMBODSCHA: Verstärkte militärische Auseinandersetzungen.

"In Kambodscha toben heftige Kämpfe um drei wichtige Stützpunkte der Regierungstreitkräfte. Einheiten der Roten Khmer begannen, die Regierungseinheiten in Long Vek im Oudong-Gebiet mit schwerem Artilleriefeuer zu belegen. Die völlig abgeschnittene Garnison, die letzte in diesem Gebiet wird von rund 4.000 Regierungssoldaten verteidigt, die nur noch aus der Luft mit Nachschub versorgt werden können." (SZ, 4./5.5.) Diese Aufgabe haben die in Thailand stationierten US-Bomber übernommen. Schwere Kämpfe gibt es weiter-

hin um die Provinzhauptstädte Kampot und Prey Veng, ebenso in Vororten Phnom Penhs, wo überall in zunehmendem Maße die Luftwaffe Lon Nols eingesetzt wird. "Militärexperten der US-Botschaft in Phnom Penh haben, wie verlautete, der Regierung die Rekrutierung von mindestens 9.000 neuen Soldaten empfohlen, um die jüngsten Verluste auszugleichen." (SZ, 4./5.5.74) Das wird aber schwer möglich sein, denn die Bevölkerung in den Städten kämpft entschlossen gegen die zwangsweise Rekrutierung von Jugendlichen und Frauen. Immer mehr Einheiten mitsamt ihrer Offiziere und Waffen laufen zu den Volksbefreiungsstreitkräften über, die Kampfmoral von Lon Nols Truppen ist erheblich geschwächt: Wen verwundert es, daß Kambodschaner keine Lust haben, ihr eigenes Volk zu vernichten. So war in einem Rundfunkkommentar Anfang letzter Woche zu hören, daß die Befreiungsstreitkräfte, als sie einen kleineren Stützpunkt in der Nähe Phnom Penhs eroberten, auf keinerlei militärischen Widerstand stießen. Die dort anwesenden Truppen Lon Nols waren nicht bereit, gegen den gerechten Kampf ihrer Landsleute vorzugehen.

Maria

LAOS: Koalitionsregierung gebildet

Am 5. April 1974 wurde in Laos eine Koalitionsregierung aus Vertretern der Vientianer Seite und der Pathet Lao gebildet.

6.3.1970: Die Pathet Lao (Laotische Patriotische Front) veröffentlicht eine Erklärung mit einem Vorschlag zur politischen Lösung der Probleme in Laos. Die Hauptpunkte sind: Die friedliche Lösung des Laos-Problems muß auf der Grundlage des Genfer Abkommens von 1962 und der gegenwärtigen Situation in Laos erfolgen. Das Laos Problem muß von den beiden laotischen Seiten allein gelöst werden. Um Bedingungen für ein Treffen zwischen den beiden Seiten zu schaffen, müssen die Vereinigten Staaten zunächst bedingungslos die Eskalation des Krieges stoppen und ihr Bombardement einstellen. (Vietnam Courier Nr. 259, 9.3.1970)

24.7.1972: Aufgrund vorhergegangener Niederlagen, insbesondere der Fehlschlag der Laos-Invasion 1971, erklärte sich Souvanna Phouma, Ministerpräsident von Laos, bereit, auf der Grundlage der 5-Punkte-Erklärung der Pathet Lao mit diesen in Verhandlung zu treten.

10.10.1972: Die Pathet Lao beschlossen, eine Verhandlungsdelegation nach Vientiane zu schicken, ohne einen Bombenstopp abzuwarten.

21.2.1973: Das "Abkommen über die Wiederherstellung des Friedens und die Erreichung der Nationalen Eintracht in Laos" wird unterzeichnet.

20.8.1973: Rechtsgerichtete Kreise aus Laos versuchen, einen Putsch durchzuführen mit dem Ziel, die Verhandlungen zu sabotieren, die Bestimmungen des Abkommens zu revidieren und seine Verwirklichung zu verhindern.

14.9.1973: Ein Protokoll zum Abkommen wird unterzeichnet. Es legt im Detail die Verwirklichung der Bestimmungen im Abkommen fest.

5.4.1974: Die Koalitionsregierung und der Politische Konsultativrat werden gebildet.

Die Niederlagen, die die US-Imperialisten in den vergangenen Jahren in Indochina erlitten hatten, zwangen sie dazu, ihre Strategie neu zu überdenken. Sie entschlossen sich zu einem Wechsel in ihren Methoden, um ihre alten Ziele weiterverfolgen zu können: Washington verringert seine militärische Einmischung und stützt sich stärker auf politische, ökonomische und andere Manöver, um seinen Einfluß in den betreffenden Ländern aufrechtzuerhalten.

Diese Ausgangsposition führte zu unterschiedlichen Standpunkten in den Verhandlungen über das Abkommen. Die US-Imperialisten und ihre Vientianer Marionetten wollten im neuen Abkommen nur eine Rückkehr zum Abkommen von 1962. Das bedeutet, daß eine Koalitionsregierung aus 3 politischen Kräften gebildet werden sollte. Der Waffenstillstand sollte an der Waffenstillstandslinie von 1962 ausgerichtet werden. Kurz, die US-Imperialisten und ihre laotischen Marionetten wollten die Erfolge der Pathet Lao durch den Vertrag wieder zunichte machen.

Die Pathet Lao hingegen vertraten den Standpunkt, daß diese Bestimmungen der Realität nicht mehr gerecht würden. Es gibt in Laos keine 3. Kraft mehr, die in einer Regierung repräsentiert werden müßte. Nach dem Staatsstreich von 1962 hat sie sich auf die beiden Seiten aufgeteilt. Diese politische Polarisierung ist eine neue politische Lage, die eine Koalitionsregierung aus 3 Kräften anachronistisch macht. Deshalb muß eine neue provisorische Koalitionsregierung gebildet werden. Auch die Vietianer Nationalversammlung ist ein Produkt der US-Imperialisten. Sie ist in keinem Fall repräsentativ für die Massen des Volkes, sie muß durch einen Politischen Konsultativrat ersetzt werden.

Die Waffenstillstandslinie muß schließlich von den gegenwärtigen Grenzen ausgehen.

Über 4 Monate wurde ein zäher Kampf in den Verhandlungen geführt, schließlich konnten die wesentlichen Punkte der Pathet Lao durchgesetzt werden:

- Unter den ausländischen Ländern, die die nationale Unabhängigkeit und Freiheit von Laos anerkennen sollen, werden nur die USA und Thailand namentlich erwähnt. (Art. 1)

- Artikel 2 spricht von einem Waffenstillstand "am Ort", nicht an der Linie von 1962. Das bedeutet, daß anerkannt wird, daß die Pathet Lao 4/5 des Territoriums und die Hälfte der Bevölkerung kontrollieren.

- Die Provisorische Regierung der Nationalen Union setzt sich zu gleichen Teilen aus Vertretern der beiden Seiten zusammen. Darüberhinaus gibt es 2 Vertreter, die für Frieden, Unabhängigkeit, Neutralität und Demokratie eintreten, über die sich beide Seiten einigen müssen.

(Art 7)

- - Im Abkommen wird die Bildung eines Politischen Konsultativrates gefordert, der ähnlich wie die Koalitionsregierung zusammengestellt sein soll. Er hat die Aufgaben eines Parlaments und soll allgemeine Wahlen vorbereiten, die eine wirklich repräsentative Nationalversammlung bestimmen sollen. Zwar wird die Marionettennationalversammlung im Abkommen nicht genannt, aber die Bestimmungen bestimmen die faktische Ausschaltung dieses Pseudoparlamentes. (Art. 8)

- Die Existenz der Zonen wird anerkannt, über die die beiden Seiten ihre Kontrolle bis zur Wiedervereinigung getrennt ausüben. (Art. 10)

- Schließlich werden im Abkommen die demokratischen Freiheiten gewährt, insbesondere das Recht der Flüchtlinge, in ihre Heimatdörfer zurückzukehren.

(Angaben aus Vietnam Courier, Juni 1973, Nr. 13)

Die US-Imperialisten und ihre Marionetten unternahmen alles, um die Verwirklichung dieses Abkommen zu verhindern. Sie zogen die Verhandlungen in die Länge, inszenierten einen Putsch, der niedergeschlagen werden konnte. Die Pathet Lao gaben in einer Reihe von Punkten nach, um ihren guten Willen zu demonstrieren. Schließlich mußte die Vientianer Seite das Protokoll zum Abkommen unterzeichnen.

Damit hatte das laotische Volk einen neuen Erfolg errungen: Im Abkommen werden formell die Prinzipien der Unabhängigkeit, Neutralität und Demokratie garantiert; im Protokoll wurde die Umsetzung im Einzelnen festgelegt.

In der darauffolgenden Zeit wurden Abkommen und Protokoll nur zögernd verwirklicht. Insbesondere die Neutralisierung der Städte Vientiane und Luang Prabang als Vorbedingung für die Bildung einer Koalitionsregierung zog sich lange hin.

Der entschlossene Kampf des Laotischen Volkes, insbesondere in den von den Marionetten kontrollierten Gebieten führte schließlich zum Erfolg, die beiden Städte wurden neutralisiert und die Koalitionsregierung konstituiert. Bereits 1957 und 1961 gab es in Laos Koalitionsregierungen, die beide scheiterten. Aber beidemal gingen die Befreiungstreitkräfte gestärkt aus dem Kampf hervor. Eine etwaige Sabotage dieser Regierung wird ein ähnliches Ende nehmen.

Michael T.

SÜDKOREA: Faschistische Herrschaft bis zum Äußersten getrieben!

(sa. IR 1, 2, 3 und 5)

Am 3. April 1974 erließ Park Chung Hi ein neues faschistisches Dekret, um die Volksbewegung für Freiheit und Demokratie einzudämmen.

Die studierende Jugend in Südkorea gehört zu den aktivsten Vorkämpfern für Demokratie und Freiheit. Am 3. April sammelten sich in der Universität von Seoul 500 Studenten. Sie hielten eine Kundgebung ab, auf der sie das faschistische Regime von Park Chung Hee verurteilten und die Freilassung der verhafteten Studen-

ten forderten. Sie formierten sich dann zu einem Demonstrationzug. In einzelnen Gruppen marschierten sie über den Campus, wobei sie Parolen trugen wie: "Weg mit der wiederbelebten Diktatur!" "Löst sofort den Geheimdienst auf und sichert die elementaren demokratischen Rechte der Rede, der Presse, der Versammlung, der Vereinigung und der Demonstration!" "Setzt der Abhängigkeit von Japan ein Ende!"

Anschließend verließen die Studenten das Universitätsgelände und wollten in die Stadt ziehen. Armee und Polizei waren in Alarmbereitschaft gesetzt worden.

Zur gleichen Zeit fanden in anderen Universitäten und Fakultäten Versammlungen und Kundgebungen der Studenten statt. (Pyongyang Times 6.4.74)

An den Demonstrationen waren auch "nichtstudentische Figuren aus illegalen Gewerkschaftszellen an der Organisation beteiligt..." (NZZ, 11.4.74)

An den Universitätstoren kam es zu Kämpfen mit der Polizei, wobei auch Steine flogen. Mindestens 2 Dutzend Studenten sind verhaftet worden.

Am Abend des 3. April erließ Park Chung Hee das Notstandsdekret Nr. 4. In seiner Begründung führte er aus, daß es sein Ziel sei, "die nationale Sicherheit zu stärken, indem die unreinen staatsfeindlichen Elemente, die in die Republik Korea eingedrungen sind, ausgerissen werden." (Korean Newsreview, 13.4.74)

Durch das Dekret wurde der "Nationalbund der Studenten und der Jugend für Demokratie" für illegal erklärt. Alle seine Aktivitäten sind verboten. Jede Handlung, die irgendetwas mit diesem Bund oder seinen Aktivitäten zu tun hat, ist verboten. Weiter sind alle Versammlungen, Kundgebungen, Demonstrationen, Sit-ins usw. streng verboten, ebenso alle ähnlichen Aktivitäten einzelner und von Gruppen. Auch Berichte über die Verletzungen dieses Dekrets sind untersagt.

Jeder, der irgendeinen Passus dieses Dekrets verletzt, kann verhaftet und vor ein Militärgericht gestellt werden. Alle Zuwiderhandlungen werden mit dem Tode, mit lebenslänglich oder Gefängnisstrafe geahndet werden. (Pyongyang Times, 16.4.74)

Das Dekret Nr. 4 "enthält... das offene Eingeständnis des südkoreanischen Diktators, daß er mit seinem Schlag vom 8. Januar der Opposition nicht Herr geworden ist und neue Unruhen sich zusammengebraut haben. ... Ein kleiner Funke, die Verletzung oder der Tod eines einzigen Studenten, könnte das Faß zum Überlaufen bringen." (NZZ, 11.4.74)

Bereits 1960 hatten die Protestdemonstrationen der Studenten zum Sturz von Syngman Rhee geführt.

Michael T.

NAHER OSTEN: Die Zionsisten und die israelische Regierung haben die volle Verantwortung für den Tod der Geisel von Ma alot.

Am 15. Mai 1974 haben 3 Fedayin, Mitglieder der demokratischen Volksfront (FDPLP), in Ma alot, Nordpalästina, eine Schule besetzt und ca. 80 Kinder und 3-4 Begleitpersonen, die dort übernachteten, als Geiseln genommen.

In mehreren Stellungnahmen ihres Präsidenten Nayef Hawatmeh wird betont, daß dies e Kämpfer aus den besetzten Gebieten und aus Israel kommen. (SZ 27.5., Welt 16.5.)

Die Forderungen der Fedayin waren: Freilassung von 26 politischen Gefangenen, darunter 2 Mitglieder des Revolutionären kommunistischen Bundes, einer israelischen Organisation, die die Ziele der FDPLP unterstützt. Das politische Ziel dieser Operation war, die Verhandlungen Kissingers zum Scheitern zu bringen. (SZ, Welt, NZZ 16./17.5.) Die Zionisten sind zum Schein auf die Verhandlungen eingegangen. Der rumänische und französische Botschafter wurden eingeschaltet, aber das Flugzeug, das die Gefangenen erst nach Damaskus, dann nach Nikosia bringen sollte, wurde nie gestartet.

"Wie aus Aussagen befreiter Kinder hervorgeht, wurde eine von den Fedayin erbetene Vermittlungsaktion durch den französischen Botschafter als Finte benutzt.

Ein Mädchen sagte, daß in dem Augenblick, als einer der Terroristen ihnen die Ankunft des französischen Botschafters angekündigt habe, der Sturm losbrach. "(FR 16.5.)

Die Zionisten hatten aber das Gerücht verbreitet, sie wollten diesmal auf die Forderungen eingehen, denn schon im Laufe des Tages hatte sich spontan die Auffassung unter den jüdischen Massen durchgesetzt, daß man die Gefangenen freilassen sollte.

68% der Befragten waren am 17.5. bei einer Meinungsumfrage der Meinung, "daß die israelische Regierung den Forderungen der Fedayin in Ma alot hätte nachgeben sollen." Gleichzeitig forderten 81,4% der Befragten die Todesstrafe für die Fedayin. Die israelische Regierung hat damit 4 Vorteile erreicht:

- Die Massen in Israel hatten den Eindruck, daß die Kinder gerettet werden sollten, aber daß das Ganze eben am Mißgeschick und dem Starrsinn der Araber gescheitert sei.
- Der Haß der Massen, der durch die Taten geschürt werden konnte wurde voll auf die Mühlen der Zionisten gelenkt. Die Vergeltungsschläge wurden von allen Israelis befürwortet, Kritik daran kann in Israel z.Zt. nicht offen ausgesprochen werden.
- Die Klassenlage der toten Kinder, die fast alle aus Familien arabischer Juden stammen, wird gar nicht diskutiert. 61,44% der Israelis sind "schwarze Juden", die praktisch das Proletariat in Israel stellen. Diese Menschen tragen seit Jahren die Folgen der zionistischen Politik.
- Die bürgerliche Presse in allen kapitalistischen Ländern trift vor Mitleid und Heuchelei über die Tragik dieser Ereignisse. "Die Entscheidung erwies sich als tragisch, aber sie war unausweichlich. Für die Regierung muß es ein schrecklicher Augenblick gewesen sein, als sich herausstellte, daß selbst die Bereitschaft, sich zum ersten Mal in der blutigen Geschichte des palästinensischen Untergrundkrieges einer Erpressung zu beugen, nicht das Leben der Kin der retten konnte." (Welt, 17.5.74) Daß dieser Entschluß nie ernsthaft gefaßt wurde, gibt die Welt am 16.5. zu: "Die israelische Regierung war zum Schein auf die Bedingungen der Terroristen eingegangen und hatte die 20 Häftlinge zur Übergabe nach Ma alot (Obergaliläa) gebracht. Während noch die Botschafter Frankreichs und Rumäniens mit den Angreifern verhandelten, stürmten die Soldaten das Schulhaus."

Durch dieses Vorgehen ist es den Zionisten gelungen, ihre alte Politik fortzusetzen, jegliche Zugeständnisse gegenüber den Fedayin abzulehnen. Es wird sich zeigen, wie weit die israelischen Massen erkennen können, wo ihre selbstständigen Interessen liegen. Auf jeden Fall fällt die Empörung über die schlechten Sicherheitsvorkehrungen nicht mit allgemeiner Kritik an der Politik des Militarismus und der "Theorie der sicheren und schwerbewaffneten Grenzen" zusammen, an der die Zionisten festhalten.

Jürgen

Palästinensischer Volkskongreß in Bagdad Brak eröffnet

Der seit Monaten geplante Volkskongreß, wo über die weiteren Kampfschritte des palästinensischen Volkes entschieden werden soll, wurde jetzt am 18.5.74 eröffnet.

Vorher haben sich Yasir Arafat (Al Fatah), Nayef Hawatmeh (FPDLP) und George Habbash (FPLP) darauf geeinigt, daß der Kampf um die Westbanks und den Gaza Streifen Teilziel des Kampfes werden soll. Damit ist eine drohende Spaltung der PLO und der Volksmassen verhindert worden. Habbash wird als "Opposition" innerhalb der PLO auftreten.

Jürgen

IRAN: Milliardeninvestitionen der BRD

"Die Bundesrepublik und der Iran wollen zusammen die größte Erdölraffinerie der Welt bauen und uch in zahlreichen anderen Wirtschaftsbereichen zusammenarbeiten. Allein während der deutsch-iranischen Wirtschaftskonferenz die in Teheran zu Ende ging, wurden Vereinbarungen und Absichtserklärungen über gemeinsame Investitionen im Iran im Gesamtwert von rund 5,5 Milliarden DM unterzeichnet." (SZ, 2. 5. 1974)

"Die German Oil Company (GOC), die 'deutsche Ölgesellschaft' wird als Gemeinschaftsunternehmen der fünf Gesellschaften, die an der Großraffinerie bei Bushir neben der Persischen Nationalen Ölgesellschaft NIOC beteiligt sein werden, nämlich Gelsenberg, Veba, UK Wesselung, deutsche BP und deutsche Shell, bald gegründet werden, nachdem jetzt der Weg für den Bau dieser größten Raffinerie der Welt offen ist." (Handelsblatt, 3. 5. 1974)

"Zwischen den Firmen Korf, Klöckner, Krupp, Mannesmann und Salzgitter sowie der iranischen Regierung wurde eine Vereinbarung getroffen, die die Errichtung eines Hütten-, Stahl- und Walzwerkes auf der Basis der Direktreduktion zum Inhalt hat, das mit wesentlichen Teilerzeugnissen seiner Produktion auf den Export ausgerichtet sein soll." (Handelsblatt, 3. 5. 1974)

"Positive Anzeichen gab es auch für das geplante Erdgasgeschäft und die Einführung des Pal-Farbfernsehsystems im Iran ... Übereinstimmend bezeichneten Friderichs und sein iranischer Amtskollege Huschang Ansary die Konferenz als ein 'Signal' für eine intensivere Zusammenarbeit beider Länder." (SZ, 2. 5. 1974)

INDIEN: Streiks breiten sich aus

IRAN: Indiens Regierungschefin bei Persiens Kaiser

"Zwei Probleme sind es, die den Besuch Gandhis in Teheran notwendig machten:

die schweren wirtschaftlichen Verluste Indiens und die Sicherheitslage auf dem Subkontinent und im Indischen Ozean ... Innerhalb weniger Monate hat sich der Preis den Indien für seine Ölimporte zahlen muß, vervierfacht; die knappen Devisenreserven, die in diesem Jahr voraussichtlich noch für große Weizenimporte gebraucht werden, sind nahezu erschöpft."

"Der Schah hat kürzlich Frau Gandhi seine Hilfe angeboten, um Indien aus dem gegenwärtigen Engpaß herauszuhelfen, und seither hat sich das Persienbild der indischen Presse (die in Fragen der Außenpolitik und der Verteidigung stets den Weisungen der Regierung folgt) radikal geändert: Der Schah ist nun nicht mehr der von imperialen Geldmächtigen getriebene, von den USA geförderte, mit dem Erzfeind Pakistan eng befreundete, sich ein bedrohliches Waffenpotential anschaffende Gegenspieler Indiens, sondern ein pragmatischer Herrscher, der sich berechnete Sorgen um die Sicherheit seines Landes macht.

Diese Sicherheit wurde nach persischer Auffassung an zwei Stellen indirekt durch die außenpolitischen Ziele Indiens bedroht: Im Irak, dessen mit dem Schah verfeindetes Regime von Indien militärische Hilfe erhält (indische Piloten bilden dort irakische Piloten an sowjetischen Flugzeugen aus), und in Pakistan, das nach Ansicht des Schahs 1971 durch Indiens 'brutale Gewalt' zerstückelt wurde. Die Abtrennung Ostpakistans und die Entstehung eines unabhängigen Bangla Deshs bedeuten in den Augen Teherans einen "gefährlichen Präzedenzfall". Der Schah hat in den letzten zwei Jahren mehrmals grollend angekündigt, daß er einen weiteren Zerfall Pakistans - etwa eine Abspaltung des an Persien grenzenden Belutschistans - 'nicht dulden' werde; tatsächlich hilft Reza Pahlevi seinem Freund Zulfikar Ali Bhutto in jener Wüstenregion wirtschaftlich und militärisch, die Aufständischen unter Kontrolle zu halten." (SZ, 3.5. 1974)

Nachdem im November vergangenen Jahres Breshnew einen Besuch in Indien abgestattet hatte, um seine Hegemoniebestrebungen in diesem Raum abzusichern, muß die Hilfe des Irans als Bemühen gesehen werden, die USA-Imperialisten und ihre Machtgelfüste im Indischen Ozean abzuwehren. "Drei Viertel der Ölimporte Indiens kommen aus Persien - kein Wunder, daß Gandhi angesichts der gegenwärtigen Schwierigkeiten der indischen Wirtschaft bereit ist, außenpolitische Bindungen mit Teheran einzugehen, die nicht unbedingt mit ihrem Verhältnis zur Sowjetunion harmonisieren." (SZ, 3.5. 1974)

Erika

"Mit Generalstreiks haben am Freitag (den 3.5.) in Delhi, Bombay und anderen Städten die Arbeiter auf die am Vortag erfolgte Festnahme von mehr als 700 führenden Vertretern der indischen Eisenbahnergewerkschaften reagiert. In den großen Städten wurde das gesamte öffentliche Leben durch die die Arbeitsniederlegungen praktisch lahmgelegt. Der Streik war von den oppositionellen Parteien und den Gewerkschaften ausgerufen worden."

"Ein Teil der Eisenbahnergewerkschaften plant für die kommende Woche zur Unterstützung von Lohnforderungen einen umfangreichen Streik, der nach Darstellung der Regierung das Land völlig lähmen und nach den Worten einer Regierungsverlautbarung einer 'Niederlage im Krieg' gleichkommen würde. Die Festnahmen, die mit dem Gesetz über die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit begründet wurden, stellten den ersten großen Schlag der Regierung in Arbeitskämpfen seit dem Regierungsantritt von Ministerpräsidentin Indira Gandhi vor acht Jahren dar."

"Die 1,7 Millionen Eisenbahner Indiens werden von über 100 verschiedenen Gewerkschaften vertreten. Sie sind in zwei Gewerkschaftsverbände aufgeteilt, von denen der eine jedoch der Kongresspartei verbunden ist und dessen Funktionäre nicht zu den Festgenommenen zählten. Der andere Gewerkschaftsverband fordert eine annähernd 70prozentige Lohnerhöhung sowie die Zahlung eines jährlichen Bonus. Die Regierung lehnte dies mit der Begründung ab, sie habe dazu keine Mittel." (SZ, 4./5. 5. 1974)

"Kein anderes Land der Welt ist in seiner Existenz so sehr von einem einzigen Transportmittel abhängig wie Indien von seiner Eisenbahn. Das Netz von 58.000 Streckenkilometern und über 7000 Bahnhöfen, auf denen täglich 10.000 Züge verkehren, die 6,6 Millionen Passagiere und 700.000 Tonnen Fracht transportieren, ist die Lebensader der Nation, und wenn die 1,7 Millionen Angestellten der Indian Railways in den Streik treten, dann ist sie unterbrochen. Die ohnehin vollbeschäftigten 350.000 Lastautos, die in Indien überwiegend auf Kurzstrecken verkehren, sind nicht in der Lage, auch nur einen Bruchteil der Fracht aufzunehmen, mit welcher die Eisenbahn Tag für Tag das Geschäftsleben, die Industrieproduktion und die Versorgung von 575 Millionen Menschen gewährleistet." (SZ, 16.5.) "Bisher rebellierten vorwiegend die Studenten; die Eisenbahner betraten nun als Vorhut des Proletariats die Szene: Ihre Konfrontation mit der Regierung Frau Gandhis und die folgende Verhaftung von mehreren Tausend Eisenbahnern führte am Mittwoch (15.5.) zum Generalstreik." (SZ 16.5.) Der Streik der Eisenbahner wurde am Sonntag, dem 5. Mai, im Süden des Landes begonnen und führte zu einem völligen Erliegen des Eisenbahnverkehrs. "In den übrigen Landesteilen konnten die meisten der noch verkehrenden Züge nur mit bewaffnetem Polizeieinsatz fahren. Die Verhaftungswelle unter Eisenbahnern und Gewerkschaftern hielt an. Nach Schätzungen stieg die Zahl der Verhafteten auf über 30.000 an. Gleichzeitig er-

klärten sich die Gewerkschaften zu neuen Verhandlungen bereit, sofern die Verhafteten bedingungslos freigelassen würden." (SZ, 7.5.) Die indische Regierung will es jedoch auf eine Kraftprobe ankommen lassen.

"Die streikenden Eisenbahner fordern eine Angleichung der Löhne an die im vergangenen Jahr mehr als 20prozentige Teuerungsrate. Außerdem verlangen sie verbesserte Sozialleistungen. Einige der zahlreichen Eisenbahnergewerkschaften fordern Lohnerhöhung gen um 75% und ein 13-Monatsgehalt. Die Löhne bewegen sich derzeit zwischen umgerechnet rund 85 Mark monatlich für ungelirnte Arbeiter und 452 Mark für Lokomotivführer." (SZ, 9.5.) Eine weitere Forderung ist die 40 Stunden-Woche. Seit dem 8.5. hat sich der Streik über das ganze Land ausgebreitet. Inzwischen sind 6.000 Eisenbahner verhaftet, die Regierung erklärte den Streik für illegal. Sie hatte sich auch geweigert, die in der vergangenen Woche verhafteten Funktionäre der Gewerkschaften freizulassen, falls der Streik nicht abgesagt würde. Die verhafteten Funktionäre traten am Mittwoch in einen Massenhungerstreik... Mehrere starke Gewerkschaften verschiedener Industriezweige haben bereits ihre Bereitschaft zu einem Solidaritätsstreik mit den Eisenbahnern bekundet, sollte die Regierung nicht einlenken... Auch die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands bat in einem Apell an Indira Gandhi um die sofortige Freilassung der verhafteten Funktionäre." (SZ, 9.5.)

Inzwischen hat der Eisenbahnerstreik zunehmend politische Gefahren für Ministerpräsidentin Gandhi heraufbeschworen. "In seltener Einmütigkeit greift die Opposition nun von rechts und links die harte Haltung der Regierung an." (SZ, 10.5.) In einer 10stündigen Debatte am 10. Mai lehnte das indische Unterhaus einen neuen Mißtrauensantrag der Opposition gegen die Regierung ab. "In der Debatte blieb Indira Gandhi auf ihrer harten Linie gegenüber den Eisenbahnern. Sie erklärte: Wir können nicht einer Gruppe mehr und mehr geben, wenn das ganze Land weniger und weniger hat. Es sei unmöglich, daß die Regierung unter der Drohung verhandle, die gesamte Wirtschaft Indiens werde lahmgelegt. Der Tadelsantrag gegen die Regierung wurde zum erstenmal auch von den nach Moskau orientierten Kommunisten unterstützt." (SZ, 11./12.5.)

Die Regierung drohte allen streikenden Eisenbahnern mit der fristlosen Entlassung, falls sie nicht sofort die Arbeit wiederaufnahmen. Die Zahl der Verhafteten ist bis auf 17.000 angestiegen. Alle Arbeitnehmerorganisationen mit Ausnahme der der regierenden Kongreßpartei nahestehenden haben zu einem Generalstreik aufgerufen, wie z.B. die Gewerkschaft der Post- und Telegrafendiensteten. Die Eisenbahner "verbarrikierten Bahnhöfe und blockierten Schienstränge; in den leeren Hallen des Hauptbahnhofes von Delhi riefen sie mit erhobenen Fäusten: Haut die Eisenbahn, haut die Regierung! Schwerebewaffnete Polizei, Miliz und sogar reguläre Truppen der teilmobilisierten Armee konnten nur wenige Züge in Bewegung setzen... In Indiens Wirtschaftskapitale Bombay, wo Vorortzüge täglich zwei Millionen Menschen zur Arbeit in die Stadt bringen, blieben Werkbänke und Schreibpulte leer... Die Lebensmittelpreise, für die Mehrheit der Bevölkerung ohnehin schon unerträglich hoch (siehe dazu frühere Berichte in der IR), schnellten noch weiter nach oben... Das wichtigste Massengut, das auf der Schiene transportiert wird, ist Kohle. Die

Eisenbahnen selbst haben Kohlevorräte nur für wenige Tage, Kraftwerke und Stahlfabriken können kaum mehr als eine Woche durchhalten. Schon mußten Indiens große Stahlwerke, Paradebeispiele der Industrialisierung, die Produktion drosseln... "Es ist absolut unmöglich, diese exorbitanten Forderungen (der Eisenbahner) zu erfüllen", rief die über Vorwürfe, ihre Politik sei arbeiterfeindlich erregte Regierungschefin mit ihren Fäusten auf dem Pultrummelnd, in den Parlamentssaal... Regierungsangestellte traten in mehreren Städten in einen Sympathiestreik." (Spiegel vom 13.5.)

Am 15. Mai begann in Indien der erste Generalstreik in der Geschichte der Union. "Zu dem Ausstand hatten die Gewerkschaften aus Sympathie mit den Streikenden aufgerufen, um der Forderung nach Freilassung tausender inhaftierter Gewerkschafter Nachdruck zu verleihen... Am Dienstag (14.5.) hatte sich die Tarifkommission der Eisenbahnergewerkschaften überraschend zu Verhandlungen bereit erklärt, ohne auf die vorherige Forderung nach Freilassung der inhaftierten Gewerkschafter zu bestehen.

Erika

Indien: 6. Atommacht!

Noch während dieser größten innenpolitischen Krise in Indien unter der Präsidentin Gandhi ließ ein anderes Geschehen dort die Weltöffentlichkeit aufhorchen: Während die Gandhi-Regierung jammert, sie können nicht "einer Gruppe mehr und mehr geben, wenn das ganze Land weniger und weniger hat", das heißt Millionen von Menschen in Indien mit dem Hungertod bedroht sind, hat die Regierung nichts Besseres zu tun, als das Steuergeld der Werktätigen zu verschleudern, indem sie in der letzten Woche ihre erste Atombombe gezündet hat. Das Gebilde einer Großmacht nach außen, unmenschliche Not und Armut im Innern, das ist Indien unter der Regierung Gandhi - Aggressivität gegen das eigene Volk und gegen andere Völker wie vor 2 Jahren in Pakistan, jetzt wieder zur Schau gestellt durch die Zündung der Atombombe.

Mania

USA: Elend im reichsten US-Staat

Die riesigen Menschenschlangen bei den Nahrungsmittelverteilungsstellen des Programms "Menschen in Not" - als Lösegeld des Zeitungsverlegers Hearst für seine von der SLA (Symbionese Liberation Army) entführte Tochter Patricia in Gang gesetzt - hat in den USA und der ganzen Welt das Ausmaß des Hungers im US-Bundesstaat Kalifornien deutlich gemacht. Der mit 20 Millionen Einwohnern größte Bundesstaat ist der größte Lebensmittelproduzent der Welt; es gibt im Jahr drei Ernten. Dennoch leben Millionen Menschen in Kalifornien im Elend. Die offizielle Arbeitslosenzahl beläuft sich auf 6%, von den Schwarzen und den Chicanos sind sogar ca. 25% arbeitslos. Nicht einmal zu trinken haben viele von ihnen, so daß sie gestüßtes Wasser zu sich nehmen müssen. Diejenigen, die sich den von den Arbeitern geschaffenen Reichtum aneignen, sind die Union Pacific, der fast das ganze Land

gehört, und die United Fruit und Interharvest - Lebensmittelkonzerne, an die die Pächter ihre Produkte abliefern müssen. Gegen diese Ausbeuter haben sich immer mehr Menschen zusammengeschlossen in Landarbeitergewerkschaften etc. und den Kampf für ihre dringendsten Lebensbedürfnisse organisiert: allein im März fielen in Kalifornien 3 Millionen Arbeitstage durch Streiks aus!

REKORDGEWINNE DER US-INDUSTRIE

"500 der größten amerikanischen Industrieunternehmen, deren Anteil am gesamten Industrieumsatz 65% beträgt, die 70% der Arbeiter und Angestellten beschäftigen und die 79 Prozent der Gewinne machen, hatten im Jahr 1973 Gewinnsteigerungen von 39% und Umsatzsteigerungen von 19,6% zu verzeichnen... Die spektakulärsten Gewinne erzielte die Mineralölindustrie. Die Raffinerien verbuchten im Schnitt eine Gewinnsteigerung von 53,3% und eine Umsatzsteigerung von 23,7%. Die Commonwealth Oil Refining konnte eine Gewinnzunahme von 1073,3% verzeichnen. Die Gulf Oil wies einen Gewinnzuwachs von 306,1% aus, Exxon mußte sich mit einem Gewinnzuwachs von "nur" 59,5% begnügen." (FR, 6.5.74)

In einer wahnwitzigen Gewaltaktion wurde am 18.5.74 das von 500 Polizisten umstellte Appartementhaus 1466 in der 54. Straße in Los Angeles/Californien beschossen und mit Bomben in Brand gesetzt. In dem Haus befanden sich 6 Menschen, angeblich Mitglieder der Symbionese Liberation Army (SLA). Sie verbrannten. (Mopo, 20.5.)

Die Bundesregierung hat am 25. April 74 im Rahmen des neuen 2jährigen Devisenausgleichsabkommens der US-Regierung 6 Milliarden DM zur Verfügung gestellt. Dies und eine Reihe anderer Abmachungen mit den NATO-Ländern (insbesondere über US-Waffenlieferungen) wird den USA, wie Nixon in einem Bericht an den US-Kongreß feststellte, "erlauben, unsere Streitkräfte in NATO-Europa in der gegenwärtigen Stärke zu belassen". (SZ, 18./19.5.)

Michael S.

AUSTRALIEN: Epidemische Streikwelle

In Australien haben die Streiks seit den letzten Wahlen vom Dezember 72, wie es die SZ nennt, "epidemische Ausmaße" angenommen. Es wird nicht nur für die 35-Stunden-Woche, gegen die Fließbandproduktion, für mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen gestreikt, sondern es werden auch zahlreiche politische Streiks durchgeführt "von der äußersten Linken geschürt" (in Australien gibt es eine relativ starke, mit der KP Chinas zusammenarbeitende KP). (Nach SZ, 18.5.)

400.000 Metallarbeiter führten am 13., 18. und 25. März dieses Jahres landesweite Streiks durch. Im April traten über 18.000 KAIarbeiter in 18 Häfen und mehr als 100.000 Bauarbeiter bei verschiedenen Gelegenheiten in Streik. (PR, 7.5.74) Seit den letzten Wahlen ist die Inflationsrate in Australien auf 14% gestiegen. Die Unzufriedenheit im Volk wächst. Ministerpräsident Whitlam von der Australian Labour Party (ALP), der bei seinem Regierungsantritt zahl-

reiche Reformen versprochen hatte, konnte bei den von ihm selbst beantragten vorzeitigen Neuwahlen am 18.5. seine Mehrheit nur knapp behaupten. (Nach SZ, 18.5.)

Michael S.

SÜDAMERIKA

VENEZUELA:

Venezuela hat angekündigt, daß es die im ausländischen Besitz befindliche Erdölindustrie verstaatlichen wird. (SZ 18.5.)

Der Senat Venezuelas hat am 13.5.74 einen Antrag gebilligt, in dem der Regierung empfohlen wurde, den venezolanischen Botschafter in Chile zurückzurufen, um damit den Abscheu gegenüber der Politik der chilenischen Militärjunta zum Ausdruck zu bringen. Der venezolanische Außenminister hat das abgelehnt, da die chilenische Junta begonnen habe, den in der Botschaft Venezuelas Asylierten die Ausreise zu gestatten. (Radio Sutatenza, 15.5.)

Der außenpolitische Ausschuß des Senats hat weiterhin gefordert, den chilenischen Geschäftsträger in Caracas, Oberst Paredes Pizarro, des Landes zu verweisen.

(Prensa Latina 16.5.)

Angelika

ARGENTINIEN:

Der Stadtrat der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires hat den Chef der chilenischen Junta, Pinochet, zur "unerwünschten Person" erklärt, als dieser sich dort mit Peron treffen wollte. Beide mußten ihr Gespräch abseits der Öffentlichkeit auf einem bewachten Luftstützpunkt führen. (SZ 18.5.)

BRASILIEN:

Die Amtsübernahme von Präsident Geisel wurde manchmal als Chance einer Liberalisierung in der bürgerlichen Presse dargestellt. War schon seine Wahl eine Absprache der Militärs untereinander, abseits der Öffentlichkeit, so hat sich seitdem an der Pressezensur und am Polizeiregime nichts geändert. "Geisel ist einen Monat im Amt und die Pressezensur geht weiter; die Veröffentlichung eines Artikels über Hunderte von Tuberkulose-toten unter den Indianern im Bundesstaat Sao Paulo wurde verboten; die berüchtigte Todesschwadron hat dies einen Monat die Verantwortung für 11 Morde übernommen; und politische Verhaftungen ohne Anklage wurden vorher und nachher vorgenommen." (Prensa Latina 16.4.)

Wolf

CHILE:

Die Junta hat eine internationale Juristenkommission der UNO ins Land lassen müssen. Ihr Bericht in Stichworten:

- Bei Verhören werden die politischen Häftlinge systematisch mißhandelt, oft schwer gefoltert.
- Es gibt etwa 6-7 Tausend politische Häftlinge. Weitere 3000 werden in Militärbaracken und Polizeistationen ohne Begründung festgehalten.

-Gegen Urteile gibt es keine Berufungsmöglichkeiten. Die internationale Kampagne für Auflösung der Todeslager und Freiheit für alle politischen Gefangenen hat den Zugang für diese Kommission bewirkt. Weil die Junta für ihre internationale Anerkennung kämpft, muß sie solche Zugeständnisse machen. Für manche der jetzt namentlich bekannten Gefangenen kann dies der Aufschub oder die Rettung vor kaltblütigem Meuchelmord bedeuten. Wichtiger noch ist aber, daß so bewiesene Folterungen und Morde die Versuche der Juntastören, sich als legitime Regierung Chiles anzupreisen.

Praopagandatrupp für die Junta reist durch die BRD

Für einen "Solidaritätspreis" von 10 DM stellt sich "Los Huassos Quincheros" in verschiedenen Städten vor. Ihr Manager ist verantwortlich für die Zensur der kulturellen Veranstaltungen in Chile und Vorsitzender chilenischer Banken. Er will auf diesen Songabenden für die Junta werben. In Frankfurt ist der Auftritt dieser Gruppe, die in Chile vor dem Putsch für Versammlungen der faschistischen "Patria y Libertad" geworben hat, von einer breiten Aktionseinheit verhindert worden. Etwa 300 Menschen versammelten sich vor dem Saal, warfen diese Gruppe von der Bühne und veranstalteten stattdessen einen Solidaritätsabend für den chilenischen Widerstand mit wirklichen Volksliedern.

Am 5. Juni ist diese Gruppe für Hamburg angekündigt! bereiten wir uns vor!

In der deutschen Botschaft in Santiago werden immer noch mehrere politische Flüchtlinge festgehalten. Sie erhalten von der Junta keine Ausreisegenehmigung. Die Bundesregierung hat sich bisher in keiner Weise öffentlich dafür eingesetzt, von der Junta die Ausreisegenehmigungen zu fordern. Die Frauen von 3en dieser Flüchtlinge befinden sich im Lager Hamburg. Wir fordern alle auf, sich in Gewerkschaften und humanitären Organisationen dafür einzusetzen, daß die Bundesregierung für diese Flüchtlinge bei der Junta protestiert.

Wolf

IRAN: Erdgasverhandlungen mit der UdSSR

"Unmittelbar nach der Vereinbarung, bis 1977 in deutsch-iranischer Zusammenarbeit eine Großraffinerie am Persischen Golf zu errichten, begannen in Teheran unter Ein-schluß sowjetischer Delegierter die ersten Dreier-Verhandlungen über ein umfangreiches Erdgasgeschäft. Vertreter der Ruhrgas, einer staatlichen iranischen Gesellschaft und es zuständigen Moskauer Ministeriums setzten sich zusammen, um über die technische Seite dieses Geschäfts zu reden, mit dem die Bundesrepublik den Bezug von 13 Mrd. Kubikmeter Erdgas aus dem Iran sicherstellen will. Dem Vermöhen nach bestehen die Perser darauf, bis zur sowjetischen Grenze eine eigene Trasse zu bauen. Am aussichtsreichsten erscheint derzeit ein sogenanntes Switch-Geschäft, wonach die Sowjets das persische Gas für eigene Zwecke verwenden und dieselbe Menge ihrerseits in die

Bundesrepublik liefern. "Iner Durchleitung der Pipeline über diese Distanz räumen Fachleute nur geringe Chancen ein." (SZ, 3. 5. 1974)

Erika

CHINAVERANSTALTUNGSREIHE DES KBW, der SSG und der GUV!

In den Monaten Mai führen der KBW und seine Massenorganisationen in Hamburg eine Reihe von Veranstaltungen durch, um zur Debatte über den Aufbau des Sozialismus in China und dessen Beitrag für die proletarische Revolution in Westdeutschland beizutragen.

Bei den meisten dieser Veranstaltungen wird ein 20min. Film, der 1973 in China gedreht wurde "Wunder aus eigener Kraft" gezeigt.

Geplant sind u. a. noch folgende Veranstaltungen:

27. 5. 74, 19.00 Uhr Filmveranstaltung in Finkenwerder, Gaststätte Elbhallen.

30. 5. 74, 20.00 Uhr von der Sypathisantengruppe in Elmshorn eine Filmveranstaltung, wahrscheinlich in der Bismarckschule.

31. 5. 74, 19.00 Uhr, Eimsbüttel, Filmveranstaltung, wahrscheinlich Hamburg Haus, Doormannsweg.

5. 6. 74, 19.00 Uhr, Erziehungswesen in der VR-China, Universität,

19. 6. 74, 19.00 Uhr, Außenpolitik der VR-China, Universität,

3. 7. 74, 19.00 Uhr, Gesundheitswesen in der VR-China, Universität.

Geplant ist außerdem am 13. 6. eine Veranstaltung für Lehrer, Referendare und Erzieher; und eine Veranstaltung für Jugendliche in Bramfeld, ebenso eine Filmveranstaltung an der Hochschule für Bildende Kunst mit dem Film "K nalsystem Rote Fahne".

Besucht diese Veranstaltungen und diskutiert mit uns über die Erfolge des chinesischen Volkes!

Redaktionschluss: 20. 5. 74